



„Bildung auf einen Blick 2020“: Schwerpunkt berufliche Bildung

// Im diesjährigen Bericht „Bildung auf einen Blick 2020“, dessen Daten sich weitgehend auf das Referenzjahr 2017 beziehen, wird ein besonderer Schwerpunkt auf die berufliche Bildung gelegt. //

Der jährlich erscheinende Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vergleicht unter einer bildungsökonomischen Perspektive die Bildungssysteme der 37 Mitgliedsstaaten sowie neun weiterer Partnerländer; hieraus entstehen Formen eines Rankings. Dabei betrachtet der Bericht u.a. die Beteiligung an und Ausgaben für Bildung, aber auch die die Absolventenquoten sowie ausgewählte Aspekte der Lehr- und Lernbedingungen. Im Bericht [„Bildung auf einen Blick 2020“](#), dessen Daten sich weitgehend auf das Referenzjahr 2017 beziehen, wird ein besonderer Schwerpunkt auf die berufliche Bildung gelegt. Dass der OECD-Bildungsbericht erstmals mithilfe einzelner ausgewählter Kennzeichen die bislang eher vernachlässigten Berufsbildungssysteme zu vergleichen sucht, ist grundsätzlich zu begrüßen, die quantitativen Daten sollten jedoch auch die historisch gewachsenen Rollen der Berufsbildungssysteme im Zusammenhang mit den übrigen Bereichen des Bildungswesens erkennbar werden lassen.

Auch wenn Deutschland u.a. infolge seines Dualen Systems im internationalen Vergleich ansehnliche Rankingpositionen einnimmt, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass mehr als 1,5 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren über keinen Berufsabschluss verfügen, wie es der [Berufsbildungsbericht](#) jährlich offenlegt. Hier dürfe nicht nur die Anzahl der Eintritte in die Bildungsgänge erfasst werden, sondern auch deren jeweilige Qualität.



Die für die berufliche Bildung in Deutschland kennzeichnende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die ihrerseits als ein Bedingungsfaktor für das vergleichsweise hohe Ansehen im internationalen Vergleich gelten kann, wird ferner mit den gegenwärtigen Indikatoren nicht berücksichtigt. Zu einem umfassenden „Blick“ auf die Bildungssysteme gehört nach Auffassung des Vorstandsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW auch die Frage, inwieweit es den Bildungssystemen gelingt, Pädagogen/innen einschließlich Hochschullehrender qualifiziert auszubilden und angemessen zu beschäftigen. Der bereits 2017 deutlich vorhandene und seither gewachsene von den Ländern zu verantwortende Fachkräftemangel an qualifizierten Pädagogen/innen insbesondere in den berufsbildenden Schulen wird „auf einen Blick“ nicht erkennbar. Dieser erweist sich zunehmend als Achillesverse des deutschen Bildungswesens.

„DENK-doch-MAL“ – Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulischer Bildung

Das gewerkschaftliche onlineMagazin „[DENK-doch-MAL.de](#)“ stellt in seiner jüngsten Ausgabe die Frage „[Wie kann Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulischer Bildung gelingen?](#)“ Das lesenswerte Dossier gibt mit insgesamt acht Beiträgen Antworten u. a. der Bildungsforscher Prof. Andrä Wolter, Prof. Peter Sloane, Prof. Uwe Elsholz und Ariane Neu, der Gewerkschafter Dr. Bernd Kaßbaum (IG Metall), Ansgar Klinger (GEW), Dr. Roman Jaich und Uta Kupfer (Ver.di) sowie des Bildungspolitikers und Bundestagsabgeordneten Kai Gehring.

IT-Administration als Achillesverse der Ausstattung mit digitalen Endgeräten

Am 21. September sind Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek mit den Kultusministern/innen der Bundesländer zusammengetroffen, um über Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen wie auch um die Digitalisierung von Schulen zu beraten.

Nach Aussagen der Bundesbildungsministerin werde der Bund zunächst 500 Millionen Euro vorstrecken, um die Voraussetzung für die Ausstattung der Lehrer/innen mit Endgeräten zu schaffen. Ferner stehe eine Vereinbarung zur Förderung von Administratoren/innen vor dem Abschluss, mit der der Bund die Länder um weitere 500 Millionen Euro unterstützen wolle. In den Beratungen seien sieben „[Handlungsstränge](#)“ identifiziert worden; Anfang des Jahres 2021 wolle man sich zu einem weiteren Austausch treffen.

Der Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung befürwortet die faktische Erweiterung des Digitalpakts; auf diese Notwendigkeit hatte die [GEW bereits im Jahr 2019](#) hingewiesen. Auch wenn die in Aussicht gestellten Mittel zur Bedarfsdeckung einer einmaligen Anschaffung von Lehrkräftedienstgeräten ausreichen mögen, bleibt die IT-Administration die bislang zu wenig beachtete Achillesverse: Selbst bei vorsichtiger Kalkulation entsteht ein dauerhafter Stellenbedarf von über 400 Stellen für die Administration der dienstlichen Endgeräte alleine der Lehrkräfte an den öffentlichen berufsbildenden Schulen, für die Geräte der Schüler/innen an berufsbildenden Schulen kommen weitere 6.200 Administratoren/innen hinzu, sodass Schulträger und Länder hier Unterstützung benötigen. Ferner ist mit einem deutlichen Zeitbedarf zu rechnen, bis ergriffene Maßnahmen tatsächlich wirken können.

Neuaufgabe der Broschüre „Arbeitsplatz berufsbildende Schulen“

Wir freuen uns, dass die Neuaufgabe der Broschüre „Arbeitsplatz berufsbildende Schulen“ ab jetzt [online](#) und im [GEW-Shop](#) bestellbar ist.

